



MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

47. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 12. September 1994

Nummer 60

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Glied.-Nr.	Datum	Titel	Seite
20310	10. 8. 1994	RdErl. d. Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales Zuständigkeit für Personalangelegenheiten der Angestellten und Arbeiter im Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales	1098
203206	10. 8. 1994	RdErl. d. Finanzministeriums Dienstreise-Vollkaskoversicherung für anerkannt privateigene Kraftfahrzeuge	1098
7834	3. 1. 1994	RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Beirat für Tierschutz	1098

II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBl. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Finanzministerium	
8. 8. 1994	RdErl. - Durchführung des Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1994	1099
	Gemeindeunfallversicherungsverband	
26. 8. 1994	Bek. - VIII/4. Sitzung der Vertreterversammlung des Gemeindeunfallversicherungsverbandes Westfalen-Lippe	1108
	Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)	
30. 8. 1994	Bek. - Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR	1109
	Hinweise	
	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 53 v. 30. 8. 1994	1110
	Nr. 54 v. 31. 8. 1994	1110

I.

20310

**Zuständigkeit
für Personalangelegenheiten
der Angestellten und Arbeiter
im Geschäftsbereich
des Ministeriums für Arbeit,
Gesundheit und Soziales**

RdErl. d. Ministeriums für Arbeit,
Gesundheit und Soziales v. 10. 8. 1994 –
I B 3 – 2200/2300

Mein RdErl. v. 7. 12. 1970 (SMBL. NW. 20310) wird wie folgt geändert:

- 1 In der Überschrift wird das Wort „Minister“ durch das Wort „Ministerium“ ersetzt.
- 2 In Nummer 2.4 werden die Wörter „diesen jeweils übergeordneten Regierungspräsidenten,“ durch die Wörter „Bezirksregierungen, in deren Bezirk die Einrichtung und die Behörden ihren Sitz haben,“ ersetzt.
- 3 In Nummer 2.5 werden die Wörter „der Regierungspräsident in“ durch die Wörter „die Bezirksregierung“ ersetzt.
- 4 Nummer 2.6 erhält folgende Fassung:
2.6 für die Angestellten und Arbeiter des Hygienisch-bakteriologischen Landesuntersuchungsamtes in Münster und der Arzneimitteluntersuchungsstelle – Bereich Humanarzneimittel – in Münster die Bezirksregierung Münster,
- 5 In Nummer 2.7 werden die Wörter „der Regierungspräsident in“ durch die Wörter „die Bezirksregierung“ ersetzt.
- 6 Nummer 4.2 wird wie folgt geändert:
6.1 In Buchstabe b) wird das Wort „Regierungspräsidenten“ durch das Wort „Bezirksregierungen“ ersetzt.
6.2 Die Buchstaben c) bis f) erhalten folgende Fassung:
c) die Bezirksregierung Düsseldorf für die Versetzung und Abordnung von Angestellten der Vergütungsgruppe IIa BAT, soweit der Besoldungsgruppe A 13 – gehobener Dienst – vergleichbar, bis X BAT und Arbeitern von ihrer Behörde oder einer nachgeordneten Behörde ihres Bezirks zum Hygienisch-bakteriologischen Landesuntersuchungsamt in Düsseldorf und umgekehrt,
d) die Bezirksregierung Münster für die Versetzung und Abordnung von Angestellten der Vergütungsgruppe IIa BAT, soweit der Besoldungsgruppe A 13 – gehobener Dienst – vergleichbar, bis X BAT und Arbeitern von ihrer Behörde oder einer nachgeordneten Behörde ihres Bezirks zum Hygienisch-bakteriologischen Landesuntersuchungsamt in Münster oder zur Arzneimitteluntersuchungsstelle – Bereich Humanarzneimittel – in Münster und umgekehrt,
e) die Bezirksregierung Detmold für die Versetzung und Abordnung von Angestellten der Vergütungsgruppe IIa BAT, soweit der Besoldungsgruppe A 13 – gehobener Dienst – vergleichbar, bis X BAT und Arbeitern von ihrer Behörde oder einer nachgeordneten Behörde ihres Bezirks zum Staatsbad Oeynhausen und umgekehrt,
f) die Bezirksregierung Köln für die Versetzung und Abordnung von Angestellten der Vergütungsgruppe IIa BAT, soweit der Besoldungsgruppe A 13 – gehobener Dienst – vergleichbar, bis X BAT und Arbeitern von ihrer Behörde oder einer nachgeordneten Behörde ihres Bezirks zum Sozialpädagogischen Institut für Kleinkind- und außerschulische Erziehung in Köln und umgekehrt.
- 7 In Nummer 6 Buchstabe e) werden

- 7.1 nach dem Wort „Landesuntersuchungsämter,“ die Wörter „der Arzneimitteluntersuchungsstelle – Bereich Humanarzneimittel –,“ eingefügt,
- 7.2 die Wörter „der Regierungspräsident, in dessen“ durch die Wörter „die Bezirksregierung, in deren“ ersetzt.
- 8 In Nummer 7 werden das Wort „Innenminister“ durch das Wort „Innenministerium“ und das Wort „Regierungspräsidenten“ durch das Wort „Bezirksregierungen“ ersetzt.
- 9 Nummer 10 erhält folgende Fassung:
10 Gegenstandslos
- 10 An Nummer 13 wird folgender Absatz angefügt:
Dienststellenleiter der Arzneimitteluntersuchungsstelle – Bereich Humanarzneimittel – ist der Leiter des Chemischen Landes- und Staatlichen Veterinäruntersuchungsamtes.
- 11 In Nummer 15 wird das Wort „Justizminister“ durch das Wort „Justizministerium“ ersetzt.

– MBL. NW. 1994 S. 1098.

203206

**Dienstreise-Vollkaskoversicherung
für anerkannt privateigene Kraftfahrzeuge**

RdErl. d. Finanzministeriums v. 10. 8. 1994 –
B 2713 – 6.3 – IV A 3

Mein RdErl. v. 22. 12. 1987 (SMBL. NW. 203206) wird mit Wirkung vom 1. Januar 1994 wie folgt geändert:

1. In Nummer 2 wird folgende neue Nummer 2.4 angefügt:
2.4 Nach § 13 Abs. 4 Satz 2 AKB vermindert sich die Höchstentschädigung bei Zerstörung oder Verlust des versicherten Kraftfahrzeugs durch Diebstahl um 10 Prozent. Auf diese Verminderung wird verzichtet, wenn das Kraftfahrzeug zum Zeitpunkt des Schadens mit einer qualifizierten Diebstahlsicherung ausgestattet war. Als qualifizierte Diebstahlsicherung wird nur eine sich automatisch einschaltende Wegfahrsperre anerkannt. Die Ausrüstung des Kraftfahrzeugs mit einer Diebstahlsicherung ist im Schadenfall nachzuweisen.
2. In der Anlage erhält § 2 folgende Fassung:

§ 2

Die gegenseitigen Rechte und Pflichten aus dieser Versicherung regeln sich nach den Abschnitten A und C, ausgenommen §§ 12 a-d, der seit dem 1. 7. 1993 gültigen Allgemeinen Bedingungen für die Kraftfahrtversicherung (AKB) der Provinzial-Feuerversicherungsanstalt der Rheinprovinz, soweit in diesem Vertrag nichts anderes bestimmt ist. Bei künftigen Änderungen der AKB gilt die jeweils neueste Fassung.

– MBL. NW. 1994 S. 1098.

7834

Beirat für Tierschutz

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt,
Raumordnung und Landwirtschaft v. 3. 1. 1994 –
II C 3 – 4201/1-6485

- 1 Beim Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft (Ministerium) wird ein „Beirat für

Tierschutz" (Beirat) gebildet. Der Beirat hat die Aufgabe, die Landesregierung in Fragen des Tierschutzes zu beraten und die Tierschutzarbeit durch eigene Anregungen zu fördern.

- 2 Dem Beirat gehören 15 Mitglieder an. Er besteht aus sieben Mitgliedern auf Vorschlag der Tierschutzverbände im Lande Nordrhein-Westfalen, einem Mitglied auf Vorschlag des Rheinischen Landwirtschaftsverbandes, einem Mitglied auf Vorschlag des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes, einem Mitglied auf Vorschlag der Landwirtschaftskammer Rheinland, einem Mitglied auf Vorschlag der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, einem Mitglied auf Vorschlag der Industrie- und Handelskammern, einem Mitglied auf Vorschlag der Tierärztekammer Nordrhein, einem Mitglied auf Vorschlag der Tierärztekammer Westfalen-Lippe sowie einem Mitglied als Vertreterin oder Vertreter der Tierschutzbehörden.
- 3 Die Mitglieder des Beirates werden vom Ministerium für die Dauer von fünf Jahren berufen. Die erneute Berufung ist zulässig. Scheidet ein Mitglied vor Ablauf der Amtsperiode nach Satz 1 aus oder wird es abberufen, so beruft das Ministerium eine Nachfolgerin/einen Nachfolger für den Rest der Amtsperiode.
- 4 Das Ministerium kann ein Mitglied des Beirats wegen grober Verletzung seiner Pflichten abberufen. Der Beirat kann aus den gleichen Gründen die Abberufung eines Mitglieds beantragen.
- 5 Die Mitglieder des Beirates sind ehrenamtlich tätig. Sie erhalten eine Entschädigung nach dem Gesetz über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder von Ausschüssen vom 13. Mai 1958 (GV. NW. S. 193), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 1984 (GV. NW. S. 350), - SGV. NW. 204 - in seiner jeweils geltenden Fassung. Weitere Kosten werden vom Land Nordrhein-Westfalen nicht übernommen.
- 6 Der Beirat gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung des Ministeriums bedarf. Änderungen der Geschäftsordnung werden mit qualifizierter Mehrheit beschlossen.
- 7 Der Beirat wird von der/dem Vorsitzenden jährlich mindestens dreimal einberufen. Er ist auch einzuberufen, wenn dies von mehr als der Hälfte der Mitglieder oder vom Ministerium unter Bekanntgabe eines Vorschlags für die Tagesordnung beantragt wird.
- 8 An den Sitzungen des Beirats können ein oder mehrere Dienstangehörige des Landes Nordrhein-Westfalen beratend teilnehmen.
- 9 Die/Der Vorsitzende kann weitere Personen mit besonderen Fachkenntnissen zu einer Sitzung einladen. Solche Personen sind auch einzuladen, wenn dies von mehr als der Hälfte der Mitglieder des Beirates verlangt wird.
- 10 Dieser Runderlaß tritt mit Wirkung vom 3. Januar 1994 in Kraft.
- 11 Der RdErl. d. Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft v. 25. 7. 1986 (SMBL. NW. 7834) wird aufgehoben.

- MBl. NW. 1994 S. 1098.

II.

Finanzministerium

Durchführung des Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1994

RdErl. d. Finanzministeriums v. 8. 8. 1994 -
B 2104 - 32 - IV A 2

Mit dem Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1994 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1994 - BBVAnpG 94) v. 24. 8. 1994 (BGBl. I S. 2229) werden mit unmittelbarer Wirkung für die Beamten des Landes folgende Änderungen vorgenommen:

1. Lineare Anhebung der Bezüge um 2 v. H.
2. Festschreibung der jährlichen Sonderzuwendung für 3 Jahre
3. Anhebung von Eingangssämtern im mittleren Dienst.

Zur Durchführung weise ich im Einvernehmen mit dem Innenministerium auf folgendes hin:

1 Lineare Bezügeverbesserungen

1.1 Besoldungsbezüge

- 1.1.1 Die Grundgehälter, Zuschüsse zum Grundgehalt, Amtszulagen, dynamischen Stellenzulagen, Ortszuschläge und Anwärterbezüge werden um 2 v. H. erhöht. Die Verbesserungen treten für die Beamten in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 und für die Anwärter zum 1. 10. 1994, für die übrigen Beamten zum 1. 1. 1995 in Kraft. Die neuen Sätze ergeben sich aus den beigefügten Anlagen 1 (Grundgehälter), 2 (Ortszuschläge), 3 (Amtszulagen), 4 (dynamische Stellenzulagen) und 5 (Anwärterbezüge).

Anlagen
1-5

Bei der Anhebung der in festen Beträgen festgesetzten Zuschüsse zum Grundgehalt nach Nrn. 1 und 2 der Vorbemerkungen zur BBesO C um 2 v. H. sind Bruchteile von Pfennigen auf volle Pfennige aufzurunden. Die dort genannten Höchstbeträge dürfen nicht überschritten werden.

- 1.1.2 Bei Überleitungs- und Ausgleichszulagen ist wie folgt zu verfahren:

Ausgleichszulagen nach Artikel V § 4 des AnpGNW - 2. BesVNG nehmen in der sich am 1. 10. 1994, bei Beamten der Besoldungsgruppe A 9 und höher in der sich am 1. 1. 1995 ergebenden Höhe an der Erhöhung um 2 v. H. teil. Die Rundungsregelung in Nummer 1.1.1 Satz 4 gilt entsprechend.

Überleitungszulagen nach Artikel IX § 11 des 2. BesVNG, Artikel V § 3 Abs. 1 des AnpGNW - 2. BesVNG, nach Artikel III Abs. 1 des 2. AnpGNW - 2. BesVNG oder nach Artikel II des ÄndLBesG v. 29. 4. 1980 (GV. NW. S. 486) nehmen in der sich am 1. 10. 1994, bei Beamten der Besoldungsgruppe A 9 und höher in der sich am 1. 1. 1995 ergebenden Höhe an der Erhöhung um 2 v. H. teil, sofern sie für die Verminderung des Grundgehalts oder des Ortszuschlags oder für den Wegfall oder die Verminderung einer Amtszulage gewährt werden. Die Rundungsregelung in Nummer 1.1.1 Satz 4 gilt entsprechend. Zusammen mit den anderen Dienstbezügen dürfen sie die Dienstbezüge nicht übersteigen, die dem Beamten jeweils in seinem bisherigen Amt zugestanden hätten (Artikel IX, § 11 Abs. 3 Satz 2 des 2. BesVNG).

- 1.1.3 Die Sätze der Mehrarbeitsvergütung nach § 4 Abs. 1 und 3 MVergV und der Erschwerniszulagen nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 und § 19 a EZuV werden zum 1. 10. 1994, für Beamte der Besoldungsgruppen A 9 und höher zum 1. 1. 1995 um 2 v. H. erhöht. Die erhöhten Beträge ergeben sich aus der Anlage 6.

Anlage 6

1.2 Versorgungsbezüge

- 1.2.1 Die Nummern 1.1.1 und 1.1.2 gelten entsprechend für die Berechnung der Versorgungsbezüge.

- 1.2.2 Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezüge ein Grundgehalt oder eine Amtszulage nach einer Besoldungsgruppe des früheren Landesbesoldungsrechts zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze und die Amtszulagen ab 1. 10. 1994 um 2 v. H. erhöht, sofern das zugrundeliegende Grundgehalt zu den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 gehört. In den übrigen Fällen werden die Grundgehaltssätze und die Amtszulagen ab 1. 1. 1995 um 2 v. H. erhöht. Die Rundungsregelung in Nummer 1.1.1 Satz 4 gilt entsprechend.

Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezüge eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung ab 1. 10. 1994 um 2 v. H. erhöht, sofern den Versorgungsbezügen ein Ortszuschlag der Tarifklasse II zugrunde liegt. In den übrigen Fällen erfolgt die Erhöhung um 2 v. H. ab 1. 1. 1995.

Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, werden ab 1. 10. 1994 um 1,9 v. H. erhöht, wenn sich die Versorgung aus den Besoldungsgruppen A 1 bis A 8 berechnet. Entsprechendes gilt für Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind und nicht mehr als 3036,67 DM (Stand: BBVAnpG 93) betragen. Für Hinterbliebene ist der anteilige Betrag zugrunde zu legen. In den übrigen Fällen erfolgt die Erhöhung um 1,9 v. H. ab 1. 1. 1995. Entsprechendes gilt für den Betrag nach Artikel 13 § 2 Abs. 4 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften.

- 1.2.3 In den Fällen des Artikels 13 § 1 Abs. 2 des Fünften Gesetzes zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften vermindert sich das Grundgehalt ab 1. 10. 1994 um den Betrag von 78,65 DM.
- 1.2.4 Ausgleichszulagen nach Artikel 13 des Finanzanpassungsgesetzes in der Fassung des Artikels V § 6 des 2. BesVNG werden ab 1. 1. 1995 um 2 v. H. erhöht.
- 1.2.5 Ausgleichszulagen nach Artikel 1 § 4 des Haushaltsstrukturgesetzes und Ausgleichsbeträge nach Artikel 2 § 2 des Zweiten Haushaltsstrukturgesetzes vermindern sich um die Hälfte des Betrages, um den sich die Versorgungsbezüge nach Artikel 1 und 2 § 2 des Gesetzes erhöhen. Beim Zusammentreffen beider Ausgleichsleistungen sind diese insgesamt um die Hälfte des Betrages zu mindern, um den sich die

Versorgungsbezüge erhöhen; dabei ist zunächst die Ausgleichszulage aufzuzehren.

- 1.2.6 Die ab 1. 10. 1994 maßgeblichen (amtsunabhängigen) Mindestversorgungsbezüge, Mindestunfallversorgungsbezüge und Mindestkürzungsgrenzen nach dem Beamtenversorgungsgesetz ergeben sich aus der Anlage 7.

Anlage 7

2 Festschreibung der jährlichen Sonderzuwendung für die Jahre 1994, 1995 und 1996

Für die Berechnung der jährlichen Sonderzuwendung werden in den Kalenderjahren 1994, 1995 und 1996 die für den Monat Dezember 1993 geltenden Bezüge (BBVAnpG 93) unter Berücksichtigung der am 1. Dezember des jeweiligen Kalenderjahres maßgebenden persönlichen Verhältnisse (§ 10 SZG) zugrunde gelegt.

Bei der Anwendung von Ruhensvorschriften sind gemäß Artikel 3 Satz 2 des Gesetzes die maßgebenden Höchstgrenzen im Monat Dezember der Jahre 1994, 1995 und 1996 **nicht** zu verdoppeln (§ 9 Satz 2 SZG), sondern um den nach Artikel 3 Satz 1 zugrunde gelegten Betrag zu erhöhen. Dies bedeutet, daß dem für den Monat Dezember der genannten Jahre maßgebenden (einfachen) Höchstgrenzenbetrag der Höchstgrenzenbetrag hinzuaddiert wird, der sich aus den Bezügen für den Monat Dezember 1993 errechnet. Dabei sind Änderungen in den persönlichen Verhältnissen jeweils auf der Grundlage dieser Bezüge zu berücksichtigen.

3 Anhebung der Eingangsämter in Laufbahnen des mittleren nichttechnischen Dienstes

Mit Wirkung vom 1. 10. 1994 werden die Eingangsämter für die Laufbahnen des mittleren allgemeinen Justizdienstes (einschließlich der Laufbahn des mittleren Verwaltungsdienstes bei den Justizvollzugsanstalten) und des mittleren Dienstes der Steuerverwaltung von Besoldungsgruppe A 5 nach Besoldungsgruppe A 6 angehoben. Hiervon nicht erfaßt ist der mittlere Justizvollstreckungsdienst. Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens im bisherigen Eingangsamt befindlichen Beamten sind kraft Gesetzes übergeleitet. Die Zuordnung zur höheren Besoldungsgruppe und die neue Amtsbezeichnung sind den Beamten mitzuteilen.

Anlage 1
Gültig ab 1. Oktober 1994, für die Besoldungs-
gruppen A 9 bis A 16 sowie für die Bundes-
besoldungsordnungen B, C und R
ab 1. Januar 1995

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)

1. Bundesbesoldungsordnung A

Be- sol- dungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarif- klasse	Dienstaltersstufe														
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
A 1	II	1465,47	1516,18	1566,89	1617,60	1668,31	1719,02	1769,73	1820,44							
A 2		1591,96	1642,29	1692,62	1742,95	1793,28	1843,61	1893,94	1944,27							
A 3		1693,35	1746,90	1800,45	1854,00	1907,55	1961,10	2014,65	2068,20							
A 4		1750,90	1813,94	1876,98	1940,02	2003,06	2066,10	2129,14	2192,18							
A 5		1771,86	1838,50	1905,14	1971,78	2038,42	2105,06	2171,70	2238,34	2304,98						
A 6	Ic	1833,61	1905,02	1976,43	2047,84	2119,25	2190,66	2262,07	2333,48	2404,89	2476,30					
A 7		1951,09	2023,29	2095,49	2167,69	2239,89	2312,09	2384,29	2456,49	2528,69	2600,89	2673,09	2745,29			
A 8		2039,47	2125,83	2212,19	2298,55	2384,91	2471,27	2557,63	2643,99	2730,35	2816,71	2903,07	2989,43	3075,79		
A 9		2190,97	2272,49	2357,45	2443,07	2530,29	2625,33	2720,37	2815,41	2910,45	3005,49	3100,53	3195,57	3290,61		
A 10		2399,10	2517,19	2635,28	2753,37	2871,46	2989,55	3107,64	3225,73	3343,82	3461,91	3580,00	3698,09	3816,18		
A 11	Ib	2795,00	2916,00	3037,00	3158,00	3279,00	3400,00	3521,00	3642,00	3763,00	3884,00	4005,00	4126,00	4247,00	4368,00	
A 12		3044,45	3188,71	3332,97	3477,23	3621,49	3765,75	3910,01	4054,27	4198,53	4342,79	4487,05	4631,31	4775,57	4919,83	
A 13		3449,14	3604,92	3760,70	3916,48	4072,26	4228,04	4383,82	4539,60	4695,38	4851,16	5006,94	5162,72	5318,50	5474,28	
A 14		3550,25	3752,26	3954,27	4156,28	4358,29	4560,30	4762,31	4964,32	5166,33	5368,34	5570,35	5772,36	5974,37	6176,38	
A 15		4002,87	4224,97	4447,07	4669,17	4891,27	5113,37	5335,47	5557,57	5779,67	6001,77	6223,87	6445,97	6668,07	6890,17	7112,27
A 16		4449,05	4705,92	4962,79	5219,66	5476,53	5733,40	5990,27	6247,14	6504,01	6760,88	7017,75	7274,62	7531,49	7788,36	8045,23

2. Bundesbesoldungsordnung B

Be- sol- dungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarif- klasse	
B 1	Ib	7112,27
B 2		8435,21
B 3		8825,16
B 4		9411,74
B 5		10084,68
B 6	Ia	10720,19
B 7		11338,36
B 8		11982,69
B 9		12782,71
B 10		15267,00
B 11		16668,07

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besolungsgruppe	Ortszuschlag-Tarifklasse	Dienstaltersstufe														
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
C 1		3449,14	3604,92	3760,70	3916,48	4072,26	4228,04	4383,82	4539,60	4695,38	4851,16	5006,94	5162,72	5318,50	5474,28	
C 2	Ib	3458,85	3707,11	3955,37	4203,63	4451,89	4700,15	4948,41	5196,67	5444,93	5693,19	5941,45	6189,71	6437,97	6686,23	6934,49
C 3		3908,71	4189,81	4470,91	4752,01	5033,11	5314,21	5595,31	5876,41	6157,51	6438,61	6719,71	7000,81	7281,91	7563,01	7844,11
C 4	Ia	5062,04	5344,61	5627,18	5909,75	6192,32	6474,89	6757,46	7040,03	7322,60	7605,17	7887,74	8170,31	8452,88	8735,45	9018,02

4. Bundesbesoldungsordnung R

Be- sol- dungs- gruppe	Ortszu- schlag Tarif- klasse	Stufe									
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
R 1	Ib	4468,44	4785,76	5103,08	5420,40	5737,72	6055,04	6372,36	6689,68	7007,00	7324,32
R 2		31	5228,01	5545,33	5862,65	6179,97	6497,29	6814,61	7131,93	7449,25	7766,57
R 3	Ia	8825,16									
R 4		9411,74									
R 5		10084,68									
R 6		10720,19									
R 7		11338,36									
R 8		11982,69									
R 9		12782,71									
R 10		15975,21									

5. Bundesbesoldungsordnung H

Besolungsgruppe	Ortszuschlag-Tarifklasse	Dienstaltersstufe														
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
H 1	Ib	3449,14	3604,92	3760,70	3916,48	4072,26	4228,04	4383,82	4539,60	4695,38	4851,16	5006,94	5162,72*	5318,50	5474,28	
H 2		3550,25	3752,26	3954,27	4156,28	4358,29	4560,30	4762,31	4964,32	5166,33	5368,34	5570,35	5772,36	5974,37	6176,38	
H 3		4002,87	4224,97	4447,07	4669,17	4891,27	5113,37	5335,47	5557,57	5779,67	6001,77	6223,87	6445,97	6668,07	6890,17	7112,27
H 4		4449,05	4705,92	4962,79	5219,66	5476,53	5733,40	5990,27	6247,14	6504,01	6760,88	7017,75	7274,62	7531,49	7788,36	8045,23

Anlage 2

Gültig ab 1. Oktober 1994, für die Besoldungsgruppen A 9 bis A 16 sowie für die Bundesbesoldungsordnungen B, C und R
ab 1. Januar 1995

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
Ia	B3 bis B11 C4 R3 bis R10	1087,36	1260,82	1409,24
Ib	B1 und B2 A13 bis A16 C1 bis C3 R1 und R2 H1 bis H4	917,28	1090,74	1239,16
Ic	A9 bis A12	815,20	988,66	1137,08
II	A1 bis A8	767,93	933,11	1081,53

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 148,42 DM.

In Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag der Stufe 3 für das erste zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A1 bis A5 um je 10 DM, ab Stufe 4 für jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A1 bis A3 um je 50 DM, in Besoldungsgruppe A4 um je 40 DM und in Besoldungsgruppe A5 um je 30 DM. Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Anlage 3 •

Gültig ab 1. Oktober 1994, für die Besoldungsgruppen A 9 bis A 16 sowie für die Besoldungsgruppen R 1 bis R 3
ab 1. Januar 1995

1. Bundesrechtlich geregelte Amtszulagen, soweit sie im Landesbereich gewährt werden

Amtszulagen nach	Betrag in DM
Vbm. Nr. 21 zu den BBesO A und B	292,52
FN 1 zur BesGr. A 2	50,43
FN 1 und 5 zur BesGr. A 3	92,99
FN 2 zur BesGr. A 3	50,43
FN 1 und 4 zur BesGr. A 4	92,99
FN 2 zur BesGr. A 4	50,43
FN 3 zur BesGr. A 5	50,43
FN 4 und 6 zur BesGr. A 5	92,99
FN 6 zur BesGr. A 6	50,43
FN 3 und 6 zur BesGr. A 9	375,39
FN 7 und 8 zur BesGr. A 12	218,02
FN 7 zur BesGr. A 13	261,54
FN 11, 12 und 13 zur BesGr. A 13	381,50
FN 5 zur BesGr. A 14	261,54
FN 7 zur BesGr. A 15	261,54
FN 1 und 2 zur BesGr. R 1	289,19
FN 3 bis 7 und 10 zur BesGr. R 2	289,19
FN 3 zur BesGr. R 3	289,19

2. Landesrechtlich geregelte Amtszulagen, soweit sie noch gewährt werden

Amtszulagen nach/für	Betrag in DM
FN 2 und 7 zur BesGr. A 14	261,54
FN 1 zur BesGr. A 15	293,80
mit Erreichen der 15. Dienstaltersstufe	451,90
FN 3, 4 und 12 zur BesGr. A 15	261,54

Anlage 4

Gültig ab 1. Oktober 1994, für die Besoldungsgruppen A 9 bis A 16 sowie für die Besoldungsordnungen B, C, R und H
ab 1. Januar 1995

Stellenzulagen, die an linearen Besoldungserhöhungen teilnehmen

Stellenzulagen nach		Betrag in DM
Vbm. Nr. 8	Abs. 1 BBesO A und B	
	in BesGr. A 1 bis A 5	234,77
	in BesGr. A 6 bis A 9	322,80
	in BesGr. A 10 bis A 13	410,84
	in BesGr. A 14 und höher	498,87
	für Anwärter der Laufbahngruppe	
	– des mittleren Dienstes	176,08
	– des gehobenen Dienstes	234,77
	– des höheren Dienstes	293,45
Vbm. Nr. 9	BBesO A und B	
	nach einer Dienstzeit von einem Jahr	117,39
	nach einer Dienstzeit von zwei Jahren	234,77
Vbm. Nr. 10	Abs. 1 BBesO A und B	
	nach einer Dienstzeit von einem Jahr	117,39
	nach einer Dienstzeit von zwei Jahren	234,77
Vbm. Nr. 12	BBesO A und B	176,08
Vbm. Nr. 27	BBesO A und B	
	Abs. 1 Buchst. a	70,45
	Abs. 1 Buchst. b Doppelbuchst. aa	97,45
	Abs. 1 Buchst. b Doppelbuchst. bb	176,08
	Abs. 1 Buchst. c	187,82
	Abs. 1 Buchst. d	187,82
	Abs. 1 Buchst. e	70,45
Vbm. Nr. 2b	BBesO C	
	Buchst. a	187,82
	Buchst. b	70,45
Vbm. Nr. 1a	BBesO R	70,45
Vbm. Nr. 2.5	LBesO	176,08
Bibliotheksräte (k.w.), Oberschullehrer (k.w.) und Staatsarchivräte (k.w.) in BesGr. A 13		261,54
Studiendirektor – als hauptamtlicher Geschäftsführer eines Prüfungsamtes für die Ersten Staatsprüfungen für das Lehramt am Gymnasium oder an beruflichen Schulen – (k.w.) in BesGr. A 15		261,54

Anlage 5
Gültig ab 1. Oktober 1994

**Anwärtergrundbetrag
Anwärterverheiratenzuschlag**
(Monatsbeträge in DM)

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebensjahres	nach Vollendung des 26. Lebensjahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	1267	1389	330	110
A 5 bis A 8	1461	1624	383	110
A 9 bis A 11	1546	1733	442	110
A 12	1771	1971	466	110
A 13	1822	2032	482	110
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundes- besoldungsordnungen A und B) oder R 1	1875	2099	498	110

Anlage 6

Gültig ab 1. Oktober 1994, für die Besoldungsgruppen A 9 bis A 16 sowie für die Bundesbesoldungsordnungen B, C und R ab 1. Januar 1995

**Sätze der Mehrarbeitsvergütung nach Art. 5 BBVAnpG 94
ab 1. Oktober 1994/1. Januar 1995**

1. § 4 Abs. 1 MVergV:

A 1 bis A 4	16,42 DM
A 5 bis A 8	19,40 DM
A 9 bis A 12	26,63 DM
A 13 bis A 16	36,71 DM

2. § 4 Abs. 3 MVergV:

Nummer 1	24,79 DM
Nummer 2	30,71 DM
Nummer 3	36,47 DM
Nummern 4 und 5	42,59 DM

**Sätze der Erschwerniszulagen nach Art. 4 BBVAnpG 94
ab 1. Oktober 1994/1. Januar 1995**

1. § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EZuIV:	4,49 DM
2. § 19a EZuIV:	2,14 DM

Mindestversorgungsbezüge, Mindestkürzungsgrenzen ab 1. Oktober 1994

Personenkreis	§ 40 Abs. 1 BBesG ¹⁾	§ 40 Abs. 2 BBesG	§ 40 Abs. 5 BBesG
Stufe des OZ	1	2	1 + 1/2 U
Grundgehalt (Endstufe A 4)	2 192,18	2 192,18	2 192,18
Ortszuschlag (Tarifklasse II)	767,93	933,11	850,52
Stellenzulage	70,45	70,45	70,45
Ruhegehaltfähige Dienstbezüge	3 030,56	3 195,74	3 113,15
Mindestversorgungsbezüge			
Ruhegehalt (65% von RD)	1 969,87	2 077,24	2 023,55
Erhöhung (§ 14 Abs. 2 BeamtVG)	–	17,30	8,65
Mindestruhegehalt (§ 14 Abs. 4 Satz 2 BeamtVG)	1 969,87	2 094,54	2 032,20
Erhöhung (§ 14 Abs. 4 Satz 3 BeamtVG)	60,00	60,00	60,00
Mindestversorgung des Ruhestandsbeamten (§ 14 Abs. 4 Satz 2, 3 BeamtVG)	2 029,87	2 154,54	2 092,20
Mindestwitwengeld (60% von MR)	–	1 256,73	–
Erhöhung (§ 14 Abs. 4 Satz 3 BeamtVG)	–	60,00	–
Mindestversorgung der Witwe (§ 20 i.V.m. § 14 Abs. 4 Satz 2, 3 BeamtVG)	–	1 316,73	–
Mindesthalbwaisengeld (12% von MR) ¹⁾ (§ 24 Abs. 1 i.V.m. § 14 Abs. 4 Satz 2 BeamtVG)	–	251,35	–
Mindestvollwaisengeld (20% von MR) ¹⁾ (§ 24 Abs. 1 i.V.m. § 14 Abs. 4 Satz 2 BeamtVG)	393,98	418,91	–
Mindestunfallversorgungsbezüge			
Ruhegehalt (75% von RD)	2 272,92	2 396,81	2 334,87
Erhöhung (§ 14 Abs. 2 BeamtVG)	–	17,30	8,65
Mindestunfallruhegehalt (§ 36 Abs. 3 Satz 3 Halbsatz 1 BeamtVG)	2 272,92	2 414,11	2 343,52
Erhöhung (§ 14 Abs. 4 Satz 3 BeamtVG)	60,00	60,00	60,00
Mindestunfallversorgung des Ruhestandsbeamten (§ 36 Abs. 3 Satz 3 BeamtVG)	2 332,92	2 474,11	2 403,52
Mindestunfallwitwengeld (60% von MUR) ¹⁾ Erhöhung (§ 14 Abs. 4 Satz 3 BeamtVG)	–	1 448,47	–
Mindestunfallversorgung der Witwe (§ 39 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m. § 36 Abs. 3 Satz 3 BeamtVG)	–	1 508,47	–
Mindestunfallwaisengeld (30% von MUR) ^{1) 2)} (§ 39 Abs. 1 Nr. 2 i.V.m. § 36 Abs. 3 Satz 3 BeamtVG)	681,88	724,24	–
Mindesthalbwaisengeld (12% von MUR) ¹⁾ (§ 39 Abs. 2 BeamtVG)	–	289,70	–
Mindestvollwaisengeld (20% von MUR) ¹⁾ (§ 39 Abs. 2 BeamtVG)	454,59	482,83	–
Unterhaltsbeitrag (40% von MUR + E) (§ 40 BeamtVG)	933,17	989,65	–
Mindestkürzungsgrenze (§ 53 Abs. 2 Nr. 1 BeamtVG)			
Ruhestandsbeamter (125% von RD ohne St)	3 700,14	3 906,62	3 803,38
Witwe (125% von RD ohne St)	–	3 906,62	–
Waise (40% vom Betrag des Ruhestandsbeamten)	1 480,06	1 562,65	–

Erläuterung:

MR = Mindestruhegehalt
 MUR = Mindestunfallruhegehalt
 OZ = Ortszuschlag
 RD = Ruhegehaltfähige Dienstbezüge
 St = Stellenzulage (Vorbem. Nr. 27 BBesO A/B)
 U = Unterschiedsbetrag zwischen Stufe 1 und 2 des OZ
 E = Erhöhung (§ 14 Abs. 4 Satz 3 BeamtVG)

Anmerkung: •

- ¹⁾ Die §§ 25, 42 BeamtVG sind zu beachten. Der Erhöhungsbetrag nach § 14 Abs. 4 Satz 3 BeamtVG und die Unterschiedsbeträge nach § 50 Abs. 1 BeamtVG (einschl. des OZ-Erhörungsbetrages – Satz 2 unterhalb der Tabelle in der Anlage V des BBesG –) sowie der Ausgleichsbetrag nach § 50 Abs. 3 BeamtVG bleiben bei der anteiligen Kürzung außer Betracht.
- ²⁾ Waisengeld gemäß § 39 Abs. 1 Nr. 2 BeamtVG in Höhe von 30 v. H. des Unfallruhegehalts kommt bei Kriegsunaufallversorgung nicht in Betracht.
- ³⁾ Ledige und Geschiedene, die die Voraussetzungen des § 40 Abs. 2 Nr. 3 und 4 BBesG und des Art. 1 § 2 Abs. 2 und 3 HStruktG erfüllen, erhalten die Mindestsätze der Stufe 2.

Zu den Mindestversorgungsbezügen treten ggf. noch Unterschiedsbeträge nach § 50 Abs. 1 BeamtVG. Entsprechendes gilt für die Mindestkürzungsgrenzen der Ruhestandsbeamten und Witwen. Zum Mindestvollwaisengeld tritt ggf. zusätzlich der Ausgleichsbetrag nach § 50 Abs. 3 BeamtVG. Bei den Mindestkürzungsgrenzen für Waisen ist ein ihnen ggf. zustehender Unterschiedsbetrag (§ 50 Abs. 1 BeamtVG) in die Anteilsberechnung (40%) einzubeziehen.

Der Unterschiedsbetrag nach § 50 Abs. 1 BeamtVG beträgt 148,42 DM je Kind; hinzu kommt für das erst zu berücksichtigende Kind ein Ortszuschlag-Erhörungsbetrag von 10,- DM und für jedes weitere zu berücksichtigende Kind ein Ortszuschlag-Erhörungsbetrag von 40,- DM.

– MBl. NW. 1994 S. 1099.

Gemeindeunfallversicherungsverband Westfalen-Lippe

Bekanntmachung des Gemeindeunfallversicherungsverbandes Westfalen-Lippe vom 26. August 1994

Die VIII/4. Sitzung der Vertreterversammlung des Gemeindeunfallversicherungsverbandes Westfalen-Lippe findet am 27. Oktober 1994, 11.00 Uhr, in seiner Schulungsstätte für Unfallverhütung in Schule und Beruf, Salzmannstraße 156, 48159 Münster, statt.

Münster, den 26. August 1994

Linnemann
 Vorsitzender
 der Vertreterversammlung

– MBl. NW. 1994 S. 1108.

**Zweckverband Verkehrsverbund
Rhein-Ruhr (VRR)****Sitzung der Verbandsversammlung
des Zweckverbandes Verkehrsverbund
Rhein-Ruhr (VRR)**

Bek. d. Zweckverbandes VRR v. 30. 8. 1994

- T.** Am Freitag, 23. September 1994, 11.00 Uhr, findet im Ratssaal des Rathauses der Stadt Essen, Ribbeckstraße, eine Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes VRR statt.

Tagesordnung**A. Öffentlicher Teil**

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung der Verbandsversammlung am 26. Mai 1994
2. Anfragen und Mitteilungen
3. Sachstandsbericht der VRR-GmbH
4. Abnahme der Jahresrechnung des Zweckverbandes VRR für das Haushaltsjahr 1993 und Entlastung des Verbandsvorstehers
5. Nachtragssatzung des Zweckverbandes VRR für das Haushaltsjahr 1994
6. Jahresabschluß der VRR-GmbH für das Geschäftsjahr 1993
7. Erwartungsrechnung 1994
8. Zielvorstellungen zum Verbundetat 1995
hier: Einschätzung der Verkehrsunternehmen
9. Tarifgestaltung ab 1. Januar 1995
10. Tarifangelegenheiten
11. Neufestsetzung der Ausgleichszahlungen für Zeitfahr-
ausweise im Ausbildungsverkehr nach § 45a des Per-
sonenbeförderungsgesetzes
12. Aktualisierung des ÖPNV-Investitionsprogramms 1994
bis 2003
13. Mehrforderungen der Deutschen Bahn AG aufgrund
von Mehrleistungen in den Jahren 1991 bis 1993

B. Nichtöffentlicher Teil

14. Eingruppierung des ZV-Geschäftsführers

Der Hinweis auf diese Sitzung und die Tagesordnung werden hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Essen, den 30. August 1994

Der Vorsitzende
der Verbandsversammlung
Heinz Eikelbeck
Oberbürgermeister

– MBl. NW. 1994 S. 1109.

Hinweise

Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 53 v. 30. 8. 1994

(Einzelpreis dieser Nummer 2,20 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.-Nr.	Datum		Seite
2120	1. 8. 1994	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Weiterbildung und Prüfung zum Apotheker/zur Apothekerin für Öffentliches Gesundheitswesen und die Ausbildung zum Amtsapotheker/zur Amtsapothekerin (WOAÖGW)	623
2122		Berichtigung der Bekanntmachung der Neufassung des Heilberufsgesetzes (HeilBerG) vom 27. April 1994 (GV. NW. S. 204)	618
2128	6. 8. 1994	Verordnung zur Anpassung der Wertgrenzen nach § 23 Abs. 1 Nr. 2 und der Förderbeträge nach § 23 Abs. 5 und 6 des Krankenhausgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen – KHG NW –	623
77	2. 8. 1994	Satzung für den Aggerverband	618
822	9. 6. 1994	Siebter Nachtrag zur Satzung des Gemeindeunfallversicherungsverbandes Westfalen-Lippe	621
	20. 7. 1994	Bekanntmachung der Genehmigung der 5. Änderung des Gebietsentwicklungsplanes für den Regierungsbezirk Detmold, Teilabschnitt Herford/Minden-Lübbecke (Darstellung eines Bereiches für die oberirdische Gewinnung von Bodenschätzen im Gebiet der Stadt Petershagen, südlich des Ortsteiles Wietersheim)	622
	8. 8. 1994	Zweite Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Festsetzung von Zulassungszahlen und die Vergabe von Studienplätzen im ersten Fachsemester für das Wintersemester 1994/95	623

– MBl. NW. 1994 S. 1110.

Nr. 54 v. 31. 8. 1994

(Einzelpreis dieser Nummer 4,40 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.-Nr.	Datum		Seite
203010	8. 7. 1994	Bekanntmachung der Neufassung der Ordnung des Vorbereitungsdienstes und der Zweiten Staatsprüfung für Lehrämter an Schulen (Ordnung des Vorbereitungsdienstes und der Zweiten Staatsprüfung – OVP)	626

– MBl. NW. 1994 S. 1110.

Einzelpreis dieser Nummer 5,30 DM
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (02 11) 96 82/238 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 98,- DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 196,- DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (02 11) 96 82/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf
Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3569